

Protesttag der Ärzte in Berlin

24. März 2006



Eine historisch einmalige Demonstration von Ärzten mit über 30.000 Teilnehmern bildete am 24. März 2006 in Berlin den vorläufigen Höhepunkt der ärztlichen Proteste in Deutschland. Auslöser der hohen Beteiligung war die geplante Einführung einer Bonus-Malus-Regelung im Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG). Dieses Vorhaben der Bundesregierung, Ärzte bei so genannten unwirtschaftlichen Verordnungsverhalten in Regress zu nehmen, brachte das Fass zum Überlaufen. Neben den Gehaltsverlusten der letzten Jahre, der ständig steigenden Bürokratie und den schwierigen Arbeitsbedingungen bewirkt dieses Gesetz eine Bestrafung der Ärzte, wenn sie nach medizinischem Stand zum Wohle der Patienten Medikamente verschreiben. Diesen Zustand wollen weder Ärzte noch andere Heilberufe oder Patienten hinnehmen. Deshalb haben sich Arzthelferinnen, Physiotherapeuten und Pflegekräfte mit den Ärzten solidarisiert und protestierten ebenfalls in Berlin. Prof. Dr. Jörg-Diet-

rich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, bezeichnete die aktuelle Situation als „Ausnahmestandard im Gesundheitswesen“. Er forderte Ehrlichkeit in der Gesundheitspolitik und keine Lippenbekenntnisse. Für ihn ist die Bonus-Malus-Regelung der Versuch, ordentliche Medizin kaputt zu sparen. Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der Kassennärztlichen Bundesvereinigung, dem das Bundesgesundheitsministerium im Vorfeld der Demonstration einen Maulkorb verpassen wollte, machte deutlich, dass die Kassennärztliche Bundesvereinigung durchaus Überlegungen anstellt, den Sicherstellungsauftrag abzugeben. Er kündigte an, mit allen Mitteln gegen Budgetierung und Drangsalierung zu Felde zu ziehen. Auf dem Weg vom Roten Rathaus zum Brandenburger Tor sagten die Demonstranten ihre Meinung zur aktuellen Gesundheitspolitik. Sie skandierten in Sprechchören „Ulla go home“ oder „Alle Spritzen stehen still, wenn unser starker Arm es will“. Viele der Teilnehmer sind

nicht mehr bereit, die immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen und Patientenversorgung durch Selbstaussbeutung auszugleichen. Auf den Transparenten fanden sich Meinungen wie „Keine Staatsmedizin“, „Erst stirbt die Praxis, dann der Patient“ oder „Wollt ihr uns zu Tode sparen“.

Zu dem Protesttag waren auch zahlreiche Teilnehmer aus ganz Sachsen angereist. Unter anderem fuhren Sammelnbusse aus Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hoyerswerda, Aue, Kamenz und Zwickau nach Berlin. Das Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen hatte die jeweiligen Berufsangehörigen wie Orthopäden, Physiotherapeuten und Pflegekräfte ebenfalls zur Demonstration aufgerufen, weil sich die Gesundheitsreform nicht nur auf Ärzte sondern auch auf alle anderen Heilberufe und vor allem Patienten negativ auswirkt. Gespannt sein darf man nun auf die Reaktionen der Politik. Erste Signale deuten darauf hin, dass sie sich nicht auf die Forderungen der Ärzte einlassen will. Inhaltliche Gespräche zum Fortgang der Gesundheitsreform zwischen Bundesgesundheitsministerium und Bundeskanzlerin haben in der Woche nach dem Protesttag stattgefunden. Ergebnisse sind nicht bekannt geworden.

Um den politischen Druck aufrecht zu erhalten, ist am **19. Mai 2006 ein weiterer Protesttag in Berlin.**

Prof. Dr. med. habil. Winfried Klug
Knut Köhler M.A.
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

